

Werden die Montesinos-Gelder für Entschädigung eingesetzt?

Eine Delegation aus NGOs, Parlaments-, Kirchenvertreter besuchte kürzlich Perú. Man wollte sich über den Stand des juristisch-politischen Prozesses zu den in der Schweiz blockierten Montesinos-Geldern (200 Mio Fr.) und deren sozialer Rückführung nach Perú informieren. Neben Kontakten zu Regierungsstellen und NGOs kam es auch zu Begegnungen mit Opfern oder deren Familienangehörigen der vergangenen Diktatur Fujimori/Montesinos. Die Begegnungen zeigten, wie schwer die vergangenen Jahre waren, aber auch die Befreiung, welche der gewaltlose Sturz des mafiösen Regimes bedeutet. Die hoffnungsvolle Aufbruchstimmung in eine bessere Zukunft wurde für die fünf Delegationsmitglieder spürbar aber auch die unbefriedigten Bedürfnisse an allen Orten. Überall, wo die Delegation vorsprach (Menschenrechts-, Entwicklungsorganisationen, Wahrheitskommission, Justizministerium etc.) präsentierte man Möglichkeiten zum Einsatz für rückgeführte Gelder aus der korrupten Hinterlassenschaft. Die Chancen stehen aufgrund der effizienten peruanisch-schweizerischen NGO-Lobbyarbeit gut, dass ein spezieller Entschädigungs- und Sozialfonds für rückgeführte Gelder durch die Regierung eingerichtet wird und die Gelder aus der Schweiz dorthin fliessen. Dieser Fonds ist wichtig zum Wiederaufbau. Er reicht aber nicht aus, all die vielen legitimen Bedürfnisse zu befriedigen. Der Prozess der gerechten Verteilung der Fondsgelder wird deshalb schwierig.

Peter Stirnimann

Delegationsbericht (20 Seiten A4, Fotokopien, Fr. 7.- bei afp@aktionfinanzplatz.ch)